

7. AXPO und EKZ: Versorgung durch erneuerbare Produktion der AXPO

Dringliches Postulat Rosmarie Joss (SP, Dietikon), Christian Lucek (SVP, Dänikon), Beat Bloch (CSP, Zürich), Ruth Ackermann (Die Mitte, Zürich), Daniel Sommer (EVP, Affoltern a. A.), Manuel Sahli (AL, Winterthur) vom 19. September 2022

KEVU Kommission für Energie, Verkehr und UmweltKR-Nr. 331/2022, Entgegennahme, materielle Behandlung

(gemeinsame Behandlung mit KR-Nrn. 330/2022 und 332/2022)

Ratspräsidentin Esther Guyer: Sie haben vorhin gemeinsame Beratung dieser Geschäfte beschlossen. Wir werden also die drei Geschäfte gemeinsam in freier Debatte diskutieren und dann getrennt darüber abstimmen. Der Regierungsrat ist bereit, diese drei dringlichen Postulate entgegen zu nehmen. Die FDP-Fraktion stellt je einen Ablehnungsantrag. Gemäss Paragraph 55 des Kantonsratsgesetzes haben wir heute über Überweisung oder Ablehnung zu entscheiden. Ich gebe zuerst den Erstunterzeichnenden das Wort für zehn Minuten, anschliessend folgt der Ablehnungsantrag und dann die freie Debatte mit Wortmeldungen von fünf Minuten. Wir möchten gerne um 12 Uhr fertig sein.

Tobias Langenegger (SP, Zürich): Vielen Dank an dieser Stelle an die FDP, dass sie Diskussion beantragt hat. Es wäre schade gewesen, hätten wir heute keine Diskussion zur AXPO (*Schweizer Energiekonzern*) geführt, denn heute geht es nun auch wirklich um konkrete Forderungen, und wir von der SP begrüßen es, dass wir diese Vorstösse hier drin zusammen diskutieren. Ich spreche nun zum dringlichen Postulat 330/2022, Strategische Kontrolle über die AXPO stärken. Darin postulieren wir, dass der Regierungsrat wieder eine aktive Rolle gegenüber der AXPO einnimmt, insbesondere im Verwaltungsrat. Denn der Service public darf nicht entpolitisiert werden, da sind wir von der SP konsequent. Das gilt genau gleich für die AXPO, wie es für die ZKB (*Zürcher Kantonalbank*), die EKZ (*Elektrizitätswerke des Kantons Zürich*), die KAZ (*Kantonsapotheke Zürich*) oder auch die Spitäler gilt. Diese Position wird von der Bevölkerung auch immer wieder gestärkt. So hat sie unlängst beispielsweise dem Ansinnen des damaligen FDP-Regierungsrates (*Thomas Heiniger*), das KSW (*Kantonsspital Winterthur*) und die IPW (*Integrierte Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland*) zu privatisieren, abgelehnt. Für uns ist klar, dass es sich bei Service-public-Aufgaben um systemrelevante Aufgaben handelt, und dort ist es unabdingbar, dass die Politik aktiv steuert.

Entpolitisierungen führen immer zu einer mehr oder minder schleichenden Entmachtung der Politik. Klammerbemerkung: Zahlen tut sie meist trotzdem und zahlen tut sie meist mehr. Das führt dazu, dass die Unternehmungen schlussendlich zu weit weg sind von der Politik. Das ist brandgefährlich, denn es findet kaum noch eine Oberaufsicht statt; und wenn, dann ist diese mehr ein Produkt des Zufalls, dass nämlich gerade die richtigen Personen zur richtigen Zeit am selben Ort

sind. Im Normalzustand geht das glücklicherweise nicht schief, spätestens aber wenn es brennt, wird es dann schmerzhaft klar, dass die Oberaufsicht vernachlässigt wurde. Neben der fehlenden Oberaufsicht ist die ganz grosse Mär, dass nach solchen Privatisierungen alles billiger werde. Das beste Beispiel dafür ist die Bahninfrastruktur weltweit. Überall, wo die Bahnen privatisiert wurden, wurde das Fahren teurer, meistens der Service schlechter. Und tendenziell wurde es gerade auch noch gefährlicher, weil kaum noch in die Infrastruktur investiert wurde. Und irgendwann musste dann der Staat in die Bresche springen und den Schlammassel, sprich die Investitionen, bezahlen.

Nun passiert teilweise genau das Gleiche in der Schweiz. Nachdem der Strommarkt teilliberalisiert wurde und Unternehmen mit hohem Stromverbrauch diesen zu sehr tiefen Kosten beziehen konnten, ist der Markt nun ziemlich turbulent. Er schlägt ständig Kapriolen und die Preise sind massiv gestiegen. Der Vorschlag von Guy Parmelin (*Bundesrat*), um diese Schieflage zu retten, ist geradezu absurd: Die Unternehmen, die jahrelang von sehr tiefen Preisen profitiert haben, sollen nun wieder in den staatlich regulierten Markt integriert werden, und dies – und das ist das grosse Problem – ohne weitere Auflagen beispielsweise bezüglich Finanzierung. Dies wird die Kosten für den regulierten Markt, also vor allem die kleinen KMU und die Privatpersonen, massiv erhöhen. Sie werden also nun die Kosten der Unternehmen bezahlen, die jahrelang von tiefen Preisen profitiert haben. Wie immer wird die Bevölkerung die gescheiterte Teilliberalisierung bezahlen, ganz nach dem Motto «Profite privatisieren und Kosten verstaatlichen».

Für die SP ist klar: Die Stromproduktion ist ein zentraler Pfeiler des öffentlichen Versorgungsauftrags, die Stromproduktion ist Service Public, und da muss die Politik mitreden. Kleine Klammerbemerkung: Es ist auch nicht zufällig, dass entsprechend die AXPO im Verwaltungsvermögen und nicht im Finanzvermögen ist, das hat eben auch mit dieser strategischen Ausrichtung für den Kanton Zürich zu tun. Entsprechend muss für den Kanton Zürich, als grösstem Aktionär der AXPO, deren Entwicklung von zentraler Bedeutung sein. Und es ist nun mal einfach so, mitgegangen heisst mitgefangen, konkret: Wenn man etwas macht, dann richtig, dann trägt man auch die Verantwortung, und das macht man vor Ort in den entsprechenden Gremien.

Im Service Public braucht es diesen Kontakt direkt zur Politik einerseits für die Vernetzung, andererseits auch für die Sensibilisierung. Wie wichtig das ist, sah man bei der Reaktion des heutigen Verwaltungsrates auf die öffentliche Forderung nach einem Bonus-Verzicht am 6. September 2022. Dass der Verwaltungsrat trotz Beanspruchung eines Notfallkredits vom Bund unfähig war, sensibel mit dem Thema «Bonus» umzugehen, spricht schlicht Bände. Kritikerinnen und Kritiker sagen jetzt «ja, aber der politische Verwaltungsrat, der war ja auch nicht besser, der hat zum Beispiel damals die Übersee-Investitionen einfach genehmigt». Wir möchten natürlich keine politische Besetzung, die einfach alles der Konzernleitung unkritisch abnickt, das wollen wir nicht. Bei der geforderten Re-Politisierung muss sich die Zürcher Vertretung entsprechend aktiv einbringen und der Konzernleitung bei unerwünschten Entwicklungen Paroli bieten. Natürlich braucht das Know-how, deshalb beantragt die SP auch im Rahmen des Budgets

die entsprechenden Ressourcen, damit sich der Kanton Zürich wirklich um die strategische Beteiligung AXPO kümmern kann.

Ich nehme an, die FDP wird nachher sagen, dass ein politischer Verwaltungsrat genau gleich ans OR (*Obligationenrecht*) gebunden ist und eben auch im Interesse der Gesellschaft handeln muss. Natürlich, aber da ist die grosse Frage: Was ist Handeln im Interesse der Gesellschaft? Ist es, die Gewinne kurzfristig maximal zu maximieren, mit gewaltigen Risiken dahinter, oder nicht doch eher, ein weniger risikoreiches Handelsgeschäft zu betreiben, mit den damit verbundenen stabilen Verhältnissen? Ich würde sagen, ein grosser politischer Support und damit die Möglichkeit einer langfristigen positiven Entwicklung entspricht wohl mehr Sinn und Geist – oder sagen wir Wort und Sinn – des OR. Und genau deshalb muss die Regierung zurück in den Verwaltungsrat, und zwar so rasch als möglich. Diese Forderung wird auch von diversen Eignerantonen unterstützt, die GV (*Generalversammlung*) anfangs 2023 ist der ideale Zeitpunkt dafür. Damit wird die Oberaufsicht über die AXPO gestärkt und die Regierung lenkt deren Geschicke wieder aktiv. Und das ist auch dringend nötig, denn die AXPO ist ein zentraler Pfeiler des Service public und sie soll auch als solcher behandelt werden.

In diesem Sinne bitte ich Sie, den dringenden Postulaten zuzustimmen. Besten Dank.

Rosmarie Joss (SP, Dietikon): Ich werde gleich zu den Postulaten 6 und 7 sprechen. Der freie Markt funktioniert für vieles gut und effizient. Aber nicht für jedes Gut funktioniert das so. Es gibt gewisse Voraussetzungen, die es sinnvoll machen, ein Gut im freien Markt zu haben. Es wäre von Vorteil, man hätte eine gewisse Konkurrenz, die Güter müssen ersetzbar sein, es sollte auch ein Konkurrenzangebot innert nützlicher Frist vorhanden sein können. Die Preissignale und die Investitionsdauern sollten irgendwie korrelieren. Das heisst, wenn ich ein Preissignal habe, dann kann ich abschätzen, ob diese Investition jetzt Sinn macht oder nicht. Wenn man einen liberalisierten Markt hat, hat man häufig auch Börsen. Wenn man an der Börse ist, kann es passieren, dass sie verrücktspielt, das ist bei Börsen halt so. Wenn man ein Gut an der Börse hat, dann wäre es von Vorteil, wenn es für einen nicht so tragisch wäre, wenn die Börse verrücktspielt. Das ist der Fall, wenn ich auf das Gut verzichten kann oder es einigermaßen einfach ersetzen kann.

Wir sprechen heute vom Gut «Strom». Es ist ein essenzielles Gut. Können wir darauf verzichten? Wir als Menschen müssen atmen, trinken und essen. Und wenn wir zum Trinken und Essen kommen, muss man feststellen: Spätestens nach einer Woche haben wir ein Problem, genug zu essen und zu trinken zu bekommen, wenn wir keinen Strom haben, denn dann ist wohl auch unser Notvorrat ausgegangen. Auf Strom zu verzichten ist eher schwierig für uns. Für Firmen ist es das Gleiche, alle Firmen brauchen Strom. Bei den Dienstleistungen sind die Kosten für den Stromverbrauch verhältnismässig klein. Im Gewerbe und in der Industrie geht es schnell ans Eingemachte, das heisst Existenzielle, wenn die Strompreise verrücktspielen, weil ein Strommarkt verrücktspielt.

Die Stromproduktion braucht auch Grosskraftwerke. Grosskraftwerke sind teuer und haben eine lange Investitionszeit; hier sprechen wir von Jahrzehnten. Als das Pumpspeicherkraftwerk Linth-Limmern in Betrieb ging, sprach man in den Medien von einer Fehlinvestition. Inzwischen ist es so, dass sich mit genau diesem Kraftwerk sehr gutes Geld verdienen lässt. Wie Sie sehen, korrelieren die Investitionsdauer und die Volatilität der Preise im Strommarkt überhaupt nicht. Aber es hat dazu geführt, dass wir eigentlich seit der Teilliberalisierung im Strommarkt keine nennenswerten Investitionen im Bereich der Wasserkraft mehr haben.

Und das Ersetzen von Strom? Teilweise kann man den Strom durch fossile Energieträger ersetzen, aber es ist ineffizient und ich würde im Sinne des Klimas dringend raten, es nicht zu tun. Wie Sie unschwer bemerken können, findet es die SP nicht gerade gut, das Gut «Strom» zu liberalisieren. Die unschönen Auswirkungen eines liberalisierten Strommarktes konnten wir alle in diesem Jahr erleben. Wie es jetzt aber mit dem Strommarkt weitergeht, darüber entscheidet Bern und teils auch Brüssel. Jetzt ist die Frage: Was können wir in diesem Umfeld im Kanton Zürich tun? Die beiden dringlichen Postulate «AXPO und EKZ: Versorgung durch erneuerbare Produktion der AXPO» und «AXPO: Versorgung der Eignerkantone stärker gewichten» befassen sich eben genau mit dem Teil, über den der Kanton Zürich selbst entscheiden kann. Wenn man das Verhältnis von EKZ und AXPO heute anschaut, zeigt es die Absurdität des liberalisierten Marktes, vor allem, wenn man es aus der Optik des Kantons Zürich anschaut. Die EKZ sind eine selbstständige Anstalt in vollem Besitz des Kantons Zürich. Bei der AXPO besitzt der Kanton Zürich mit seiner direkten Beteiligung und der Beteiligung der EKZ über ein Drittel, ist also der grösste Eigner der AXPO. Da hat jetzt also der Kanton Zürich ein Energieversorgungsunternehmen mit vielen gebundenen Kunden und eine grosse Beteiligung am grössten Kraftwerksbetreiber der Schweiz. Und was macht man? Anstatt die Synergien zu nutzen, sind sie wie zwei komplett unabhängige Unternehmungen, die null Komma nichts miteinander zu tun haben. Die AXPO verkauft ihre Produktion an der Börse mit den entsprechenden Konsequenzen, wie hohem Liquiditätsbedarf und der Konsequenz, dass sie am Schluss zum Bund rennen musste für einen Rettungsschirm. Und andererseits führt es eben auch dazu, dass die AXPO keine grosse Investition in Wasserkraft mehr getätigt hat, seit wir diesen liberalisierten Strommarkt haben. Auf der anderen Seite haben wir die EKZ, sie beschaffen auch an der Börse, und wir haben es heute mit steigenden Strompreisen zu tun.

Aktuell sind die Strompreiserhöhungen für das Jahr 2023 noch einigermaßen moderat. Typischerweise wird der Strom über drei Jahre beschafft. Wir haben hier also noch zwei gute Jahre mit tiefen Kosten drin und ein schlechtes. Vielleicht kriegen wir das nächste Jahr noch eine böse Überraschung. Am Anfang der Trennung dieser beiden Unternehmen war es gut für die AXPO, damals waren die Handelspreise an den Börsen hoch. Danach konnte die AXPO nicht mal mehr die Gestehungskosten für die Wasserkraft erwirtschaften. Da waren dann quasi die EKZ im Vorteil, weil sie relativ billigen Strom einkauften, und heute, in der jetzigen Situation haben beide verloren. Die AXPO sitzt unter einem Rettungsschirm und die EKZ haben steigende Preise.

Ziel unserer Postulate ist eben, dass wir den Verbrauch der EKZ und die Produktion der AXPO, beides Zürcher Eigentum respektive Beteiligung, näher zusammenbringen und die Synergien nutzen. Wie man es beim EWZ (*Elektrizitätswerk der Stadt Zürich*) sieht, ist es dort ein Vorteil. Es hatte zwar früher leicht höhere Preise, aber diese sind nach wie vor unverändert. Verkauft die AXPO zu Gesteungskosten direkt an die EKZ, ist es, davon sind wir überzeugt, ein Vorteil für beide Unternehmungen. Die AXPO produziert vermehrt für den Elektrizitätsbedarf des Kantons Zürich, die Produktion muss nicht an der Strombörse gehandelt werden. Stabile Strompreise sind für die gebundenen Kunden garantiert. Die Reduktion der mit den Strombörsen verbundenen Risiken auf Seite der AXPO ist auch zu begrüßen, weil wir keine Rettungsschirme mehr befürchten müssen. Und eine nachhaltige Finanzierung der erneuerbaren inländischen Stromproduktion ist garantiert, weil die Gesteungskosten übernommen werden.

Einerseits fordern wir, dass die EKZ die Beschaffungsstrategie anpasst, andererseits, dass der Regierungsrat und der EKZ-Verwaltungsrat über ihre AXPO-Beteiligung dafür sorgen, dass die AXPO dann auch tatsächlich den EKZ und den anderen Kantonswerken ihre Produktion verkauft.

Von der Beantwortung der beiden Postulate erwarten wir, das uns einerseits aufgezeigt wird, wie man das realisieren kann. Wir hoffen, dass die EKZ auch gleich in die Realisierung unserer Forderung einsteigen, aber auch, strukturelle Fragen gestellt werden: Muss eventuell die eigene Strategie nochmals angepasst werden? Müssen die geplanten AXPO-Statuten noch modifiziert werden? Braucht es vielleicht auch Änderungen im Energie- und im EKZ-Gesetz? Da ja der Zürcher Kantonsrat den NOK-Gründungsvertrag (*Nordostschweizerische Kraftwerke*) noch nicht abgelöst hat, haben wir hier immer noch die Möglichkeit, nachzubessern. In diesem Sinne, im Sinne einer gesicherten, nachhaltigen Stromversorgung des Kantons Zürich bitte ich Sie, die beiden Postulate «EKZ und AXPO wieder näher zusammenzubringen» zu unterstützen. Herzlichen Dank.

Sandra Bossert (SVP, Wädenswil): Wir haben schon viel über die AXPO gehört und unser gemeinsames Ziel sollte eine sichere und stabile Stromversorgung in unserem Kanton, aber auch in der ganzen Schweiz sein. Das beweisen die über alle Parteien hinweg eingereichten gemeinsamen Vorstösse. Die heilige Allianz aus SVP, SP, Mitte und EVP hat ihre Bedenken betreffend eine sichere Versorgung bereits im Frühjahr kundgetan, indem sie ihre Bedingungen zur Ablösung des NOK-Vertrags und zur Eignerstrategie gestellt hat, unter anderem, dass kritische Infrastrukturen und auch die Wasserwerke zwingend in Schweizer Hand bleiben sollen, auch dass der neue Vertrag rechtlich verbindlich und zeitlich unbegrenzt nach acht Jahren weiterläuft. Ich möchte damit sagen: Wir machen uns seit längerem Gedanken über die AXPO. Wir sind uns ihrer Relevanz durchaus bewusst. Der Grundgedanke der AXPO oder bis 2009 der NOK, der Nordostschweizer Kraftwerke, bestehend aus den neun Eignerkantonen, war eine eigene und sichere Stromversorgung für die aufstrebende Wirtschaft und die Bevölkerung sicherzustellen. Wir haben es heute auch schon gehört, durch die Teilliberalisierung des Strommarktes und die im Inland eher schwierigen Möglichkeiten,

den Markt auszubauen, hat der Auslandhandel grosse Bedeutung gewonnen und ist ein Big Business geworden, deshalb auch die benötigte Staatsgarantie. Der Kanton Zürich besitzt mehr als ein Drittel-Anteil am zweitgrössten Stromproduzenten der Schweiz und steht trotzdem nicht besser als alle anderen da. Wir als ein Teil der Eignerkantone müssen uns gemeinsam auf die zukünftige Strategie unserer AXPO einigen.

Die Bevölkerung hat zu Recht Fragen an die Politik und kann es nicht verstehen, wie es zu dieser Misere kommen konnte. Unser Job ist jetzt nicht, Vergangenheitsbewältigung zu betreiben und die Schuld hin und her zu schieben, sondern nach vorne zu schauen, unsere Verantwortung als Politiker wahrzunehmen und die Zügel wieder selber in die Hand zu nehmen. Neben den anderen Postulaten, die wir von der SVP auch mitunterzeichnet haben, fordern wir in diesem hier den Regierungsrat auf, dass er zusammen mit dem EKZ-Verwaltungsrat im Rahmen ihrer AXPO-Beteiligung zeitnah erwirken kann, dass die inländisch produzierte Elektrizität der AXPO direkt für die Versorgung der gebundenen Endverbraucher in den neun Eignerkantonen zu Gestehungskosten verkauft werden kann. Dabei sollten die Eignerkantone insofern bevorzugt werden, dass die Strompreise den effektiven Entstehungskosten angeglichen werden, quasi «back to the roots». Wir sind überzeugt, dass es im Interesse aller Beteiligten wäre, den eigenen produzierten Strom primär zur Versorgung von gebundenen Endverbrauchern zu nutzen. Die Risiken des Handels an der Strombörse würden gemindert und die Eignerkantone wären als langfristige und verlässliche Abnehmer ein sicherer Wert. Der Bund hat auch bereits signalisiert, dass er die Rahmenbedingungen für inländische Projekte vereinfachen und sogar mit Investitionsbeiträgen fördern will. Mit diesen Massnahmen und durch die zukünftige stärkere Gewichtung in Richtung Versorgungssicherheit haben alle gewonnen. Die SVP setzt sich klar für eine inländische, sichere und möglichst autarke Stromversorgung ein, damit unsere Einwohnerinnen und Einwohner auch in Zukunft nicht im Dunkeln sitzen müssen. Danke.

Beat Habegger (FDP, Zürich): Wir haben eine gemeinsame Debatte beantragt, um etwas für die Ratseffizienz zu tun, und ich freue mich, Ihnen die Ablehnungsanträge der FDP vorzustellen. Ich spreche zuerst zum Postulat betreffend strategische Kontrolle und dann zu den anderen beiden, die ja zusammengehören. Bei der strategischen Kontrolle ist die FDP weiterhin der Ansicht, dass die Entpolitisierung der Verwaltungsräte von staatlichen, aber am Markt tätigen Unternehmen richtig ist. Für die AXPO wurde dieser Grundsatz mit der Festsetzung der Eigentümerstrategie 2017 verwirklicht. Damals zog sich der Regierungsrat aus dem Verwaltungsrat zurück, und er begründete dies mit der Vermeidung von Interessenkonflikten. Und gleichzeitig betonte er, dass die Verwaltungsräte mit Personen zu besetzen seien, die über besondere fachliche Expertise und eine hohe Unabhängigkeit verfügen. Wir teilen die damalige Auffassung des Regierungsrats weiterhin. Aktive Politikerinnen und Politiker sind nicht die besseren Unternehmer. In Verwaltungsräten braucht es Personen, die über die fachlichen Kenntnisse

und beruflichen Erfahrungen verfügen zur Führung einer Unternehmung. Selbstverständlich sollen diese Verwaltungsratsmitglieder über politische Sensibilität verfügen, das ist Teil des Anforderungsprofils. Die Kantone können entsprechend Personen ihres Vertrauens in den Verwaltungsrat entsenden. Im Gremium selbst jedoch müssen sie ihr Amt unabhängig ausüben können. Selbstverständlich ist auch, dass der Verwaltungsrat einen Dialog mit seinen Aktionären pflegt. Das ist bei der AXPO ja der Fall. Der Regierungsrat steht mit seinen Vertretern im regelmässigen Austausch und die AXPO trifft sich offenbar auch mindestens zweimal jährlich mit allen Aktionären.

Auch der Kantonsrat ist Teil des Aufsichtssystems. Wir haben bei der Revision des Kantonsratsgesetzes die parlamentarische Obergericht über die AXPO explizit ins Gesetz geschrieben. Das ist ganz neu, immer noch recht neu. Unsere dafür vorgesehene Kommission (*Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen, AWU*) beaufsichtigt die Aufsichtstätigkeit des Regierungsrates gegenüber der AXPO. Sie kann alle Informationen, die der Regierungsrat erhält, ebenfalls einfordern. Wir brauchen also keine aktiven Politikerinnen und Politiker, keine Regierungsräte im Verwaltungsrat der AXPO. Die Entpolitisierung dieser strategischen Führungsgremien ist im Interesse der Unternehmung und ihrer Eigentümer, des Kantons Zürich und der anderen AXPO-Eigenerkantone und deshalb lehnen wir dieses Postulat ab.

Nun noch schnell zu den beiden anderen Vorlagen, die wir ebenfalls ablehnen: Im Kern fordern ja diese Postulate, dass die Stromproduktion und die Verteilung im Netz wieder zusammenzuführen sein. Die EKZ müssen also beispielsweise künftig nicht mehr selber entscheiden, wo sie einkaufen will, sondern sie muss das halt bei der AXPO tun. Es geht hier also eigentlich um die Einführung von Gebietsmonopolen. Diese beschneiden die Freiheit derer, die selbst über ihren Strombezug entscheiden wollen. Und sie helfen nicht einmal gegen Versorgungskrisen. Denn selbst wenn der Kanton Zürich allen AXPO-Strom für sich beanspruchen könnte – die anderen bekämen dann halt gar nichts –, selbst wenn wir das tun könnten, liesse sich die Versorgung nicht durchgängig sichern. Es gibt immer Schwankungen von Angebot und Nachfrage, die sich nur über Märkte ausgleichen lassen. Der Kanton Zürich wird immer darauf angewiesen sein, Strom an Märkten zu beschaffen, ausser natürlich, man träumt von Autarkie, das Stichwort habe ich vorhin sogar gehört, vielleicht auch von Selbstversorgung und Anbauschlacht. Vielleicht träumt man auch ein bisschen vom Suffizienz oder predigt es so ein bisschen nach dem Motto: Es hat Strom, solange es halt hat. Für eine Gesellschaft, die stark und wettbewerbsfähig bleiben will, taugen solche Rezepte nichts. Zürich ist keine Insel. Die Schweiz ist keine Insel. Wenn alle anfangen, den Strom zu horten und Stromprotektionismus zu betreiben, schaden wir der Wettbewerbsfähigkeit des ganzen Landes. Die Rückkehr zu Gebietsmonopolen macht Zürich nicht versorgungssicher, dafür braucht es anderes, das kennen wir oder zumindest viele von uns kennen es: Es braucht, erstens, den Ausbau der erneuerbaren Energien, also den parallelen Aufbau von Kapazitäten der Sonnenenergie und Wasserkraft. Versorgungssicherheit bedeutet natürlich auch für die AXPO, ihre Produktionskapazitäten auszubauen. Doch die Abnahme der Energie und ihre Verteilung

bleibt Aufgabe der Versorger. Zweitens braucht es Investitionen in die Netze, um die zunehmend dezentral produzierte Energie besser und effizienter zu nutzen. Und drittens braucht es eben auch die vertiefte Einbindung in den europäischen Strommarkt und den grenzüberschreitenden Handel. Abschottungspolitik und Stromprotektionismus bringen uns keinen Millimeter weiter. Deshalb lehnen wir beide Vorstösse ab.

Daniel Sommer (EVP, Affoltern a. A.): Inzwischen haben wir es alle begriffen, dass die aussergewöhnlichen Preisausschläge sowohl die Kreditrisiken als auch die Sicherheitsleistungen und damit die Liquiditätsrisiken der Schweizer Stromunternehmen stark erhöht haben. Bekanntlich wurde von dieser Entwicklung dabei vor allem die AXPO voll erwischt. Das geht auch aus dem Bericht 2022 über die Umsetzung der Eigentümerstrategie hervor, den der Regierungsrat am 29. Juni dieses Jahres veröffentlicht hat. Dort ist zu lesen, dass die AXPO mit 16,2 Prozent keine solide Eigenkapitalquote erreicht hat und mit Ratings zwischen High BBB und A konnte das Ziel eines A-Ratings, wie in den letzten Jahren, nicht erreicht werden; alles keine rosigen Aussichten, um Krisen zu bestehen. Weiter ist diesem Bericht zu entnehmen, dass zur Stärkung der Versorgungssicherheit und zur Bereitstellung der im Rahmen der erforderlichen Dekarbonisierung benötigten Elektrizität die inländische Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien stark ausgebaut werden muss.

Uns muss allen klar sein, dass die Energieversorgung ein wichtiger Pfeiler des Service public ist, sie ist offensichtlich systemrelevant. Der Kanton Zürich hat es aber versäumt, die AXPO auch als entsprechend zentralen Pfeiler des Service public zu behandeln. Die aktuelle Situation unserer AXPO erinnert mich an mein erstes Auto, einen Deux Chevaux, von dem ich hier schon mal gesprochen hatte. Bei schönem Wetter lief dieses Vehikel wunderbar, im Winter aber war es übel. Nicht selten musste ich mit der Handkurbel dem etwas zu schwach ausgestatteten Motor auf die Sprünge helfen. Und der Minimalismus bei der Ausgestaltung der Karosserie hatte schon bald zur Folge, dass äussere Witterungseinflüsse an allen Ecken und Kanten zur Rostbildung führten. Zu guter Letzt hatte ich es zudem sogar einmal geschafft, dass mir der Wagen bei zu riskantem Abbiegen auf die Seite gekippt ist; zum Glück und erstaunlicherweise ist dabei alles glimpflich abgelaufen.

Weniger glimpflich sieht es bei der AXPO aus. Ich denke, die Analogien haben Sie gut erkannt. Kaum werden die äusseren Umstände unwirtlich, wird handfeste Unterstützung nötig – vom Staat, notabene. Die ganze Konzeption funktioniert nur bei schönem Wetter einwandfrei. Und dass das Vehikel zu unsicher unterwegs ist, hat letztendlich auch mit den Fähigkeiten der Steuerungsverantwortlichen zu tun. Es ist also Handlungsbedarf angesagt, und all diese Gründe haben zu den vorliegenden drei Vorstössen geführt. Wollen wir den Karren aus dem Dreck fahren, müssen wir sie annehmen und den Regierungsrat beauftragen, uns neue Vorschläge zu machen, wie wir in Zukunft sicher unterwegs sein können mit unserem grössten Stromversorger des Landes.

Daniel Heierli (Grüne, Zürich): Die Grünen haben von diesen drei Vorstössen nur den mittleren unterzeichnet, die anderen zwei nicht, und entsprechend werden wir auch abstimmen. Wir haben jedoch auch bei den zwei anderen Vorstössen keine Diskussion verlangt. Man hätte sie aus unserer Sicht auch durchgehen lassen können. Ich kann unsere Ambivalenz vielleicht so umschreiben: Ja, es braucht grosse Veränderung bei der AXPO. Aber nein, nicht alle diese Vorstösse sind wirklich so präzise und zielführend.

Wenn Sie sich vergegenwärtigen wollen, wie der Karren in den Dreck gefahren wurde, dann kann ich Ihnen den Artikel von Marius Huber im Tages-Anzeiger vom 10. Oktober 2022 sehr empfehlen. Es ist eine Geschichte von Pleiten, Pech und Pannen, die eigentlich nicht hinter der Causa «Credit Suisse» (*Schweizer Grossbank*) zurücksteht. Interessantes Detail: Die Regierungsräte zogen sich erst 2017 aus dem Verwaltungsrat der AXPO zurück. Aber zu diesem Zeitpunkt war der Schaden eigentlich grossenteils schon angerichtet. Deshalb glaube ich auch nicht, dass die Rückkehr der Politiker das Wundermittel wäre, jedenfalls nicht das einzige.

Erstens ist es so, dass die AXPO an und für sich ein Fehlkonstrukt ist. Man soll Dinge kantonal regeln oder national, aber diese Zwischenlösungen, diese Kooperationen mehrerer Kantone, die sind einfach extrem schwierig. Da hat niemand mehr wirklich was zu sagen, niemand will wirklich die Verantwortung. Wie wir sehen, funktioniert das schlecht. Und dann zeigt für mich diese Geschichte, dass die Liberalisierung des Strommarktes krachend gescheitert ist. Der Glaube, dass die Stromversorgung bloss durch die ominöse unsichtbare Hand des Marktes gesichert sei, auch wenn kein einzelner Akteur verantwortlich ist, dieser Glaube hat sich als Irrglaube erwiesen.

Wie gesagt, ob diese Postulate jetzt alle überwiesen werden oder nicht, ist aus unserer Sicht nicht das Zentrale. Hauptsache, wir haben gemerkt, dass etwas faul ist, und werden aktiv. In diesem Sinne begrüsse ich es ausserordentlich, dass die Kantone Zürich und Aargau eine Durchleuchtung der AXPO durch eine externe Revisionsstelle in Auftrag gegeben haben. Das ist wirklich sehr wichtig und bedeutend zum jetzigen Zeitpunkt. Die Durchleuchtung muss gründlich sein und die Resultate müssen dann auch von den richtigen Stellen im Kanton Zürich sorgfältig ausgewertet werden.

Ich bezweifle nicht, dass diese externe Revisionsstelle ihre Arbeit professionell machen wird, aber sogar mir als Laien fallen zur AXPO doch einige interessante Fragen ein, zum Beispiel: Warum wurde nicht schon vor einem Jahr viel entschlossener gehandelt? Immerhin war per Ende September 2021 die Eigenkapitalquote innert einem Jahr von 31 auf 16 Prozent abgesackt, verursacht durch eine enorme Bilanzverlängerung. Was wurde da innerhalb der AXPO schon diskutiert? Wurden schon Notsignale ausgesendet? Andere Frage: Aus welchen Geschäftstätigkeiten ist der zusätzliche Liquiditätsbedarf entstanden? Im Finanzbericht 2020/2021 wird die Absicherung der eigenen Produktion als – ich zitiere – «ein Treiber» der massiven Bilanzverlängerung bezeichnet. Ein Treiber unter anderen Treibern? Welches waren dann die anderen Treiber? Mir fallen auch Fragen ein,

die weniger direkt mit dem aktuellen Liquiditätsengpass zu tun haben, zum Beispiel: Aus welchen Gründen und zu welchen Konditionen wurden kürzlich Produktionsanlagen für erneuerbare Energie verkauft? Oder warum wurde die Division Erneuerbare reorganisiert, die bisherigen Strukturen zerschlagen und damit der Verlust von viel Know-how hingenommen? Oder für welche Bereiche der AXPO bestehen Pläne für die Auslagerung ins Ausland? Welche Ziele will man damit erreichen? Oder warum wurde bei der AXPO ein branchenfremder CEO (*Christoph Brand*) eingestellt, was hat man sich davon erhofft? Fragen über Fragen, ich bin sehr gespannt auf Antworten.

Ruth Ackermann (Die Mitte, Zürich): Stellen Sie sich vor, es kommt zu einer Strommangellage in der Schweiz und in den Medien ist zu lesen «Die Schweiz liefert Strom ins Ausland». Werden sich dann Aktivistinnen an Strommasten kleben und die Kühltürme mit Kartoffelstock bewerfen? (*Anspielung auf Protestaktionen von Teilen der Klimabewegung.*) Ganz bestimmt wird sich die breite Bevölkerung massiv daran stören, und dies zu Recht. Der Strommarkt ist ein sehr komplexes Konstrukt. Erst die akute Gefahr einer Strommangellage hat uns unangenehm vor Augen geführt, dass sich der Strommarkt in eine Richtung entwickelt hat, die unsere Stromversorgung gefährden könnte. Ein Bestandteil dieser Entwicklung war auch, dass die Kontrolle der AXPO fast vollständig aus der politischen Hand gegeben wurde. Es kann nicht sein, dass die Interessen der Bevölkerung und die garantierte Stromversorgung dem Gewinnstreben vollständig untergeordnet werden. Selbstverständlich muss dennoch ein Unternehmensgewinn der AXPO weiter angestrebt werden. Wir erwarten aber, dass die Eignerkantone, für uns der Kanton Zürich, wieder direkten Einfluss auf die AXPO nehmen und ihrer Aufsichts- und Kontrollpflicht wieder stärker nachkommen, um die Energieversorgung als wichtiger Service public sicherzustellen.

Eine weitere Eigenheit des Strommarktes hat zur Folge, dass die Kantonswerke den Strom nicht mehr bei der AXPO direkt kaufen, sondern über den Strommarkt; für den Kanton Zürich als Eigentümer der EKZ und grösster Eigner der AXPO eine absurde Situation.

Die Mitte-Fraktion unterstützt aber auch die Forderungen in den zwei weiteren Postulaten. Der Regierungsrat und der EKZ- Verwaltungsrat sollen aufzeigen, wie und mit welchen Folgen die heutige marktbasierende Beschaffungspolitik auf eine Beschaffung bei der AXPO umgestellt werden kann, speziell für erneuerbare und inländische Produkte. Die Geschäftsbeziehungen zwischen EKZ und AXPO müssen dafür geprüft und eventuell überarbeitet werden. Versuchen wir zu verhindern, dass unsere Lichter ausgehen und sich jemand an einen Strommast kleben muss. Die Mitte-Fraktion unterstützt alle drei Postulate.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Ich habe eine kurze Bitte: Die Fraktionspräsidentinnen und -präsidenten sollen doch bitte kurz ins Sitzungszimmer kommen (*zur Besprechung einer Änderung der Traktandenliste*). Martin Hübscher hüpfte dann nach.

Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen): Der Kanton Zürich ist direkt oder indirekt mit über 36 Prozent an der AXPO beteiligt, wir haben das gehört, und der Kanton Zürich ist damit der grösste Aktionär und hat auch eine entsprechende Verantwortung bei der Einbringung der Eigentümerinteressen und auch bei der Wahl der operativen Führung. Und bereits mit der Ablösung des NOK-Gründungsvertrages hat die SVP zusammen mit den unterzeichnenden Fraktionen dieses Postulates insistiert und einer befristeten Eignerstrategie nicht zugestimmt, bei welcher die Werke nicht dauerhaft in Schweizer und die Netze in öffentlicher Hand bleiben. Anfangs wurde lamentiert, das gehe nicht, weil bereits fast alle anderen Kantone zugestimmt haben und weil es vielleicht sonst Neuverhandlungen brauche. Und plötzlich, als klar war, dass es sonst nicht weitergeht, kam Bewegung rein und es liegt nun eine unbefristete Strategie vor.

Es gibt auch sonst noch Parallelen zu den nun vorliegenden Vorstössen: Die SVP hat schon immer kritisiert, dass wir die Stromproduktion im Inland ausbauen müssen und dass die Produktion im Ausland im besten Fall Finanzanlagen sind, die aber dem Kernzweck, der Sicherung der Stromversorgung der Eignerkantone, keinesfalls dienen. Auch haben wir schon immer auf die Risiken des Handels hingewiesen und prophezeit, dass uns das eines Tages um die Ohren fliegen wird. Wir sprechen da explizit nicht vom angetönten Eigenhandel, welchen der FDP-Sprecher angetönt hat.

Wir zweifeln nicht an den Erfolgswerten der AXPO in den vergangenen Jahren, aber es ist einfach nicht die Aufgabe einer Firma im Staatsbesitz, die erst noch systemrelevant ist, solche Risiken einzugehen. Genau da fehlt uns die politische Komponente im strategischen Führungsorgan, und das wollen wir korrigiert haben. Der Regierungsrat muss Verantwortung übernehmen und unsere Eigentümerinteressen gemäss den politischen Mehrheiten vertreten. Und die politische Mehrheit erwartet nun mal von der AXPO die Versorgungssicherheit im Inland zu vernünftigen Preisen, und dazu braucht es in erster Linie eine genügende Produktion im Inland. Gut, Sie können sagen, die Energiestrategie, welche der Bundesrat den Stimmbürgern mit falschen Angaben verkauft hat, basiert auf Import von Winterstrom und dem Bau von Gaskombikraftwerken. Auch davor hat die SVP schon immer gewarnt. Strom ist einer der wichtigsten Pfeiler in der Grundversorgung unserer Gesellschaft und unserer Wirtschaft, wir haben das gehört. Genau deshalb macht die Beteiligung des Kantons Sinn und genau darauf muss sich die Firma konzentrieren und strategisch ausrichten.

Stärken Sie diese Positionen, lassen wir die Regierung die drängenden Fragestellungen beantworten und setzen wir unsere Beteiligungen ein für eine effektive Versorgungssicherheit in unserem Kanton. Immerhin hat der Regierungsrat erkannt, was die politische Mehrheit will, das an die Adresse der FDP, die hier Diskussion verlangt hat, und er möchte die Postulate entgegennehmen. Das ist ja mal ein erfreulicher erster Schritt. Danke, wenn Sie die Postulate überweisen.

Manuel Sahli (AL, Winterthur): Nun sind wir schon wieder mitten in der nächsten AXPO-Debatte, vielleicht diesmal ein wenig konkreter, auch wenn das Mittel der Postulate vielleicht nicht unbedingt dafür spricht; das ist aber wahrscheinlich auch

besser so. Ich könnte Ihnen vielleicht zuerst eine lange Standpauke halten, diese mal ein bisschen in Kurz, aber ich will hier einfach zu Beginn mal betonen, dass wir von der AL von Anfang an – und mit «von Anfang an» meine ich in der geschichtlichen Rückblende 20 Jahre zurück – schon gegen die Teilliberalisierung waren, diese bekämpft haben und dies durchaus zumindest mit Teilerfolgen, indem eine komplette Marktliberalisierung abgewendet werden konnte.

Ich komme nun zum Postulat 330/2022. Hier vielleicht geschichtlich noch etwas vorweg, vor allem an die Adresse der SVP: Man kann natürlich die Meinung auch ändern, das finden wir gut so. Aber wir wollen hier schon sagen, dass der Regierungsrat – es wurde vorher schon gesagt – hier nicht mehr an Bord ist, er ist nicht mehr im Verwaltungsrat. Das ist unter anderem auch auf Markus Kägi, damaliger SVP-Regierungsrat, zurückzuführen, und auf Regierungsrat Stephan Attiger, seines Zeichens FDP aus dem Kanton Aargau. Wir von der AL sind klar Meinung: Der Regierungsrat gehört in den Verwaltungsrat. Wir waren auch bei anderen Themen, die unabhängig davon sind, zum Beispiel bei der Spitalratsdebatte dieser Meinung. Nun habe ich dagegen gehört, dass Politiker es nicht besser machen als Fachleute. Dem will ich einfach entgegenhalten: Das ist hier gar nicht die Frage. Es geht hier auch um politische Kontrolle, wie nahe sind wir hier dran? Und ich möchte auch bezweifeln, dass jemand, der früher Direktor für den Handel mit strukturierten Produkten im Verwaltungsrat von einer Enron Europe (*Energiekonzern*) war, einem Unternehmen, das einen der grössten Unternehmensskandale der USA produzierte, als es Konkurs ging, hier eine bessere Arbeit leistet als ein Regierungsrat; das ist auch immer von der Person abhängig.

Gehen wir nun weiter zu den Postulaten 331/2022 und 332/2022, wo man durchaus einen Zusammenhang sehen kann. Hier sind wir der Meinung, die AXPO ist der Stromversorger unseres Kantons und soll es sein, das soll mal als Prinzip her über dem Ganzen stehen. Und ja, der von der AXPO produzierte Strom soll primär mal für den Eigenverbrauch unserer Kantone beziehungsweise der Standort- und Eigner Kantone der AXPO eingesetzt und nicht über den freien Markt gehandelt werden. Das Ganze soll aus einem Guss erfolgen. Und wenn es aus einem Guss erfolgen soll, dann sollte der Strom auch zu Gestehungskosten an die Verbraucher des regulierten Marktes verkauft werden. Und natürlich, wie vorher auch schon betont, gehört die ganze Stromproduktion und so weiter möglichst in die öffentliche Hand. Was vielleicht auch noch zu sagen und uns auch bewusst ist: Wir können hier keine vollständige Abschottung vornehmen. Aber wir können durchaus eine Fokussierung fordern, eine Fokussierung auf eine inländische Stromproduktion, auf eine nachhaltige Stromproduktion, und auch eine stärkere Fokussierung darauf, dass mehr Strom hier in der Schweiz produziert wird. Ein Handel ist, wohlgemerkt, auch ohne einen teilliberalisierten, ohne einen freien Markt möglich, für einen Ausgleich von Schwankungen, der durchaus notwendig ist. Und wir wollen auch hier nicht ausschliessen, dass durchaus auch sinnvoll sein kann für die Stromproduktion, für eine ausgleichende Stromproduktion, dass hie und da auch in ausländische Stromwerke, Offshore-Windparks und so weiter investiert wird. Dies sollte aber definitiv nicht primär der Fall sein beziehungsweise der Fokus sollte im eigenen Gebiet liegen. Nun ja, die fetten Jahre sind vorbei.

Nehmen wir das Steuer wieder in die Hand. Es ist sehr wichtig, dass nun gehandelt wird. Das Ganze sind Postulate. Was ich damit sagen will: Wie es halt dann genau aussieht, wie das konkret wird, das wird sich weisen. Hierfür ist auch die Form der Postulate gut. Es sind keine PI, sondern sie sollen mal wirklich den Input liefern: Ja, hier muss was gemacht werden. Wir seitens der Alternativen Liste werden, wenig überraschend, alle drei Postulate überweisen. Besten Dank.

Thomas Wirth (GLP, Hombrechtikon): Ich glaube, wir sind uns hier drin alle einig: Mit der AXPO haben wir tatsächlich Probleme. Der Rettungsschirm ist aber als Begründung denkbar ungeeignet, um diese Probleme zu diskutieren. Der Rettungsschirm ist notwendig wegen des Marktdesigns an der Börse. Es geht darum, die Preise abzusichern, die im Terminhandel vorhanden sind, und es ist ein reines Finanzgeschäft, das für den Bund vermutlich ein sehr, sehr gutes Geschäft sein wird, da ja dieser Rettungsschirm mit bis zu 10 Prozent verzinst ist. Es ist aber kein Risiko oder kein relevantes Risiko für die AXPO hier drin. Aber wir haben Probleme und wir brauchen bei der AXPO etwas. Und wir brauchen dringend Transparenz bezüglich der technischen, der wirtschaftlichen und der politischen und ökologischen Risiken, die in der AXPO drinstecken. Wir brauchen hier eine Übersicht. Wir müssen wissen, welche Risiken langfristig bei der AXPO drinstecken. Und wir brauchen bei der AXPO auch eine Struktur, die führbar ist. Die AXPO-Holding ist ein kompliziertes Firmengestrüpp mit Tochtergesellschaften, mit diversen Kreuzbeteiligungen. Man kann teilweise fast den Eindruck bekommen, die AXPO soll nicht kontrolliert und nicht führbar sein. Das brauchen wir, aber was wir nicht brauchen, ist eine Re-Politisierung des Verwaltungsrates. Das ist keine sinnvolle Massnahme und es garantiert auch keine sinnvolle politische Vertretung und/oder sogar eine fachliche Kontrolle, die im Verwaltungsrat ausgeübt werden kann. Wir haben dafür verschiedenste Instrumente: Wir haben einerseits die Aufsicht gestärkt, also die Aufsicht im Kantonsrat, in der Aufsichtskommission. Wir haben aber auch den regelmässigen Austausch der Regierungsräte der Eignerkantone, die über ebendiese politische Ausrichtung oder die die Zielrichtungen dort mit der Geschäftsleitung, mit dem Verwaltungsrat, mit der Führung im Austausch sind, wir haben da also bereits ein Instrument. Wir haben die Eignerstrategie. Auf diese Eignerstrategie können wir als Parlament sogar mit Postulaten Einfluss nehmen. Und zu guter Letzt haben wir auch das Energie- und das EKZ-Gesetz, mit dem wir eben auch Vorgaben machen können, wie das Geschäftsmodell der AXPO aussehen soll. Also was wir hier dringend und rasch brauchen, sind Transparenz und Entflechtung, aber sicher keinen Schnellschuss bezüglich einer Re-Politisierung des Verwaltungsrates.

Bei den zwei anderen Postulaten geht es um etwas anderes. Ich glaube, alle hier drin, zumindest diejenigen, die Kinder haben, kennen die Diskussionen um die Handynutzung: Wie wollen wir das lösen? Was aber ganz klar ist: Vermutlich in keiner der Familien ist das Einführen eines Telefons im Flur mit einer Wählscheibe und möglicherweise einem langen Kabel die Lösung. Aber das ist genau das, was die zwei anderen Postulate fordern: Ein Zurück in einen Zustand aus dem vorletzten Jahrhundert. Die Welt hat sich verändert seither. Das wirtschaftliche

und regulatorische Umfeld hat sich verändert, und das muss berücksichtigt werden. Rechtlich haben wir hier sowieso Hürden, da es sich dabei um zwei unabhängige Firmen handelt, die dann hier möglicherweise respektive ziemlich sicher in Konflikt mit dem Kartellrecht kommen. Aber es gibt auch zwei weitere gewichtige Gründe, die dagegensprechen: Wenn der Strom einfach zu Gestehungskosten von den EKZ aufgekauft wird, dann heisst das für die AXPO: Sie muss bei ihren Investitionsentscheidungen nicht mehr auf die Wirtschaftlichkeit und nicht mehr auf die Effizienz achten. Was das wiederum bedeutet, wissen wir auch: Die Preise steigen. Die Preise steigen für die Stromkonsumenten, die keine andere Option haben. Wir können das beispielsweise bereits im BKW-Versorgungsgebiet (*Berner Energieunternehmen*) beobachten. Dass jetzt die SVP und die SP, die behaupten, dass es sich für das Wohl der einfachen Bürger einsetzen, diesen nun sagen «ja, ihr müsst das einfach alles bezahlen, die höheren Strompreise», das ist eigentlich keine sinnvolle Antwort. Sinnvolle Investitionen zur Stromerzeugung und zur Zwischenspeicherung, insgesamt in Energiesysteme, brauchen geeignete Rahmenbedingungen und ein gutes Strommarktdesign. Daran müssen wir arbeiten und nicht irgendwie an der Wiedereinführung eines Staatskapitalismus. Hier ist aber primär mal der Bund gefordert und der hat in der Vergangenheit geschlafen. Es ist auch offensichtlich, dass es Kräfte gibt, die ein nachhaltiges, klimaschonendes und biodiversitätsverträgliches Energiesystem torpedieren möchten. Das müssen wir ändern, aber auf nationaler Ebene und nicht mit diesen Postulaten. Wie lehnen auch diese beiden ab.

Valentin Landmann (SVP, Zürich): Die AXPO ist kontrolllos, vollends aus dem Ruder gelaufen. Die gesamten Grundaufträge der AXPO, Ausbau der inländischen Produktion und Sicherstellung der Versorgungssicherheit, gehen der AXPO, wie gegenüber der Presse mehrfach festgestellt wurde, heute total am Arsch vorbei. Erhöhung der Produktion und Sparen der Einwohner der Schweiz ist nur noch schön für die AXPO, weil sie noch mehr Strom verzocken kann. Wir sparen für die AXPO, für deren Zockerverkäufer, nicht für die eigene Versorgungssicherheit. Wir zahlen die Zeche der AXPO, nicht die eigene Produktion. Das ist total aus dem Ruder gelaufen – mangels jeglicher fachkundigen Kontrolle. Die jetzigen Verwaltungsräte und die jetzige Geschäftsleitung sind offensichtlich nicht in der Lage, eine sinnvolle Kontrolle des grössenwahnsinnig entwickelten Handelssystems der AXPO zu gewährleisten. Hier ist dringend ein Ausbau der politischen Kontrolle durch die Eignerkantone notwendig. Ich könnte mir sehr gut den Baudirektor und den Finanzdirektor (*Regierungspräsident Ernst Stocker*) aus Zürich im Verwaltungsrat der AXPO vorstellen.

Einen Rat kann ich aber hier als erfahrener Strafverteidiger geben: Haltet gut und genau fest, wenn ihr in diesen Verwaltungsrat geht, was alles vor eurer Zeit gelaufen ist, damit man euch dann, wenn es mal knallt – oh Wunder, die Schweiz hat auch Gesetze, es gibt auch Strafgesetze – bezüglich ungetreuer Geschäftsführung und Ähnlichem nicht anlasten kann, was vor eurer Zeit gelaufen ist. Aber nehmt die Keule und die Bremse hervor, um diese Auswüchse einzudämmen. Es

sind Auswüchse verheerenden Ausmasses. Es sind Spekulationen mit Termingeschäften, die ungefähr die Grössenordnung des Bundeshaushalts erreicht haben, von Versorgungssicherheit nicht die geringste Rede. Sorgt dafür, dass wieder Versorgungssicherheit ins Zentrum der Aufgaben der AXPO rückt, etwas anderes ist nicht tragbar. Wir brauchen keine grössenwahnsinnige Handelsplattform, auch wenn sie scheinbar über Jahre schöne Gewinne abwirft, wie es auch die Investment-Banken der CS (*Credit Suisse, Schweizer Grossbank*) gemacht haben. Das kam vor den Milliarden-Verlusten. Die Milliarden-Verluste sind jetzt zu erwarten. Nun, wir wissen, viele Manager denken «nach uns die Sintflut» und vielen grossen Managern der Schweiz ist es gelungen, gross abzugarnieren, und die Sintflut kam nachher. Wir sehen das bei Grossbanken, wir sehen das bei anderen Betrieben. Unser Kanton hat eine seriöse Regierung und solche Leute gehören in den Verwaltungsrat. Und wie gesagt, sie sollen die Keule und die Bremsen hervornehmen. Ich danke euch für die Aufmerksamkeit.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Herr Landmann, Sie verbinden die AXPO immer mit einem gewissen Körperteil. Ich bitte, das in Zukunft zu unterlassen. Besten Dank.

Beat Bloch (CSP, Zürich): Wir haben jetzt ein paar markige Worte gehört von Verzocken und von kriminellen Machenschaften. Ich glaube, es ist an der Zeit, vielleicht auch wieder einmal hier auf den Boden der Realität zurückzukommen. Daniel Heierli hat in seinem Votum erklärt, warum wir nur eines dieser Postulate unterstützen. Und auch bei diesem Postulat wissen wir, dass dieser Vorstoss nicht die Lösung unseres Energieproblems ist. Aber vielleicht kann es helfen, dass sich die momentane Lage mittel- oder langfristig entspannt. Wir haben in unserem Kanton das Paradoxon, dass der Kanton eine Firma als selbstständige Anlage führt und bei einer anderen Firma mit einer grossen Beteiligung involviert ist und dass diese beiden Firmen so tun, als ob sie nichts miteinander gemein hätten. Dies ist unverständlich und in der momentanen Situation nicht nachvollziehbar. Wir sind uns aber auch als Mitunterzeichner zweierlei bewusst: erstens, dass wir das momentane Problem einer drohenden Strommangellage nicht mit einem Fingerschnippen und schon gar nicht mit diesem Vorstoss lösen, weil insbesondere die AXPO ihre Stromproduktion und die EKZ ihren Strombedarf für die nächsten Jahre bereits verkauft respektive eingekauft und gesichert haben. Hier jetzt sofort einzugreifen, würde bedeuten, dass die AXPO eingegangene Verpflichtungen nicht mehr erfüllen könnte und am Strommarkt teuer neuen Strom einkaufen müsste, um ihren Verpflichtungen bei anderen Geschäftspartnern nachzukommen, und bei den EKZ, dass sie allenfalls zu viel Strom hätten, den sie gar nicht brauchen und allenfalls dann auch wieder am Dritte verkaufen müssten. Zweitens verschwindet mit dem Vorstoss die Abhängigkeit von ausländischen Stromproduzenten nicht, und wir müssen weiterhin am Ausbau der erneuerbaren Energien in der Schweiz arbeiten. Das bedeutet nichts anderes als das Potenzial von Sonnen- und Windenergie zu erkennen und auch sinnvoll zu nutzen. Entsprechende Bestrebungen wurden ja auch schon von unserer Kantonsregierung in die Wege

geleitet. Wer heute aber diesen Vorstoss nicht unterstützt, der will billig aus der drohenden Notlage Kapital schlagen. So etwas ist beschämend und einer demokratischen Partei unwürdig. Wir werden diesen Vorstoss 331/2022 unterstützen und mittragen.

Markus Bischoff (AL, Zürich): Wenn man Ihnen zuhört, Herr Landmann, dann meint man eigentlich, Sie seien ein Linkspopulist. Sie überborden mit Ausdrücken gegen die Abzockerei, gegen raffgierigen Kapitalismus, gegen Händler, und dann kommt noch die Kritik an der CS rein. Man hat also wirklich das Gefühl, Sie möchten eine neue Karriere als linkspopulistischer Politiker starten; vielleicht die dritte Karriere in Ihrem Leben. Sie können das schon, aber entscheidend ist, dass Sie natürlich von etwas ablenken, und das scheint mir doch das ganz Entscheidende hier drin zu sein. Die AXPO und, wie sie früher hiess, die Nordostschweizerischen Kraftwerke, die haben diese Politik ganz bewusst gemacht. Das ist nicht irgendwie von Geisterhand gemacht worden, dass sich da irgendwelche Manager hochgedient und jetzt ihre Kassen gefüllt haben. Das waren politische Entscheide, aufgrund dessen die NOK respektive die AXPO jetzt in dieser Situation stecken. Und die NOK – ich sage bewusst NOK, weil es die Nordostschweizerischen Kraftwerke sind – und die AXPO sind seit 40 Jahren, seit ich mich für die Politik interessiere – gut, das schon mehr als 40 Jahre – immer in der Kritik der Linken gestanden und nachher auch der Grünen, weil das eine abgeschottete Exekutiv-Welt war. Die Parlamente hatten zu den NOK nichts zu sagen, da sassen immer die Regierungsvertreter drin, und das waren die Energielobbyisten und das waren vor allem Politiker der FDP, der SVP und auch der CVP. Das waren die grossen Macher in den NOK und dann in der AXPO. Die haben diesen Schlamassel – wenn es ein Schlamassel ist, wie Sie gesagt haben – angerichtet, und niemand anders. Also es hat einen konkreten Namen. Das war immer erzbürgerliche Energiepolitik, die da gemacht wurde, und nichts anderes: zuerst Atomlobby, dann dieser Handel, all das ist auf einem ganz besonderen Mist gewachsen – ich glaube, diesen Ausdruck darf man sagen, das hat nichts mit einem Körperteil zu tun –, und das ist bürgerlicher Mist.

Lorenz Habicher (SVP, Zürich): Wir haben jetzt viel gehört. Und natürlich war Markus Bischoff nur dabei, wenn es um andere Sachen ging, und nie, wenn es um das ging. Denn man kann ja gut kritisieren, wenn etwas falsch läuft. Die FDP verabschiedet sich nach der Diskussion ihrer dringlichen Interpellation (*KR-Nr. 333/2022*); man hat ja darüber gesprochen, das genügt jetzt. Und Beat Bloch und der Sprecher der GLP sind der Meinung, dass diese Postulate keine Lösungen bringen. Natürlich können wir von politischen Postulatsforderungen keine Lösungen erwarten. Wir können nur einen Auftrag unterbreiten, wir können diesen zur Prüfung unterbreiten, und wir bekommen bestenfalls einen Bericht, was damit geschieht. Und falls irgendwann der Regierungsrat auch noch nach dem Auftrag lebt, den er mit einem Postulat bekommt, dann können wir von einer Lösung sprechen und dann ändert sich vielleicht irgendetwas. Sie sehen also auch hier die Politik der kleinen Schritte, und diese drei Postulate gibt es nur als Gesamtpaket.

Ein Rosinenpicken, was man dann lieber hätte oder weniger gern, das spielt hier in diesem Moment keine Rolle. Es braucht alle drei, alle drei sind zu prüfen, alle drei Postulate ergeben nachher einen Bericht, den die AWU, Herr Habegger, natürlich auseinandernehmen kann. Die AWU kann dann ihren Job machen auf der Grundlage dieser Berichte, und wir sehen dann, wie es weitergeht. Wir haben jetzt schon den zweiten Montagmorgen mit der AXPO und den Problemen im Strommarkt verbracht. Und jetzt ist es an der Zeit, dass wir diese Postulate überweisen und den Auftrag auch erteilen, damit konkret irgendetwas passiert und wir einen Bericht darüber bekommen. Unterstützen Sie also diese Postulate und fangen Sie nicht an, Details schlecht oder weniger gut zu finden. Es ist nicht das Gelbe vom Ei, das behauptet niemand, aber es braucht jetzt diesen Druck, es braucht jetzt diese Vorstösse, und ich danke, wenn Sie der SVP hier folgen.

Rosmarie Joss (SP, Dietikon): Ich möchte gerne etwas replizieren: Wenn man die FDP zusammenfassen möchte, dann wollte die FDP letzte Woche etwas Aufregung produzieren, hatte aber keine Ahnung, was sie ändern und wie sie was anpassen will. Wir haben hier doch immerhin konkrete Lösungsvorschläge. Die FDP hat ja dann auch gefunden, es brauche das gar nicht, wir hätten ja die Oberaufsicht. Und dann wurde von FDP und GLP erwähnt, man habe ja zweimal jährlich diesen Austausch – voll toll.

Da muss man einfach schon sagen: Ein direkter Einfluss im Verwaltungsrat ist dann schon etwas eine andere Liga als eine parlamentarische Oberaufsicht. Wir alle wissen, wie mühsam es ist, via die parlamentarische Oberaufsicht irgendwas auf das richtige Gleis zu geben. Da ist es aber natürlich wichtig, wenn man diese direkte Einflussnahme hat, dass es dann auch gewisse Leitlinien im Rahmen der Gesetze gibt, mit denen das Parlament festschreiben kann, wohin dann unsere Regierung den Tanker AXPO steuern soll.

Die FDP hat gesagt, die Freiheit der Leute bei der freien Wahl der Energie würde beschränkt, wenn die EKZ bei der AXPO einkaufen. Na ja, so frei ist die Freiheit nicht. Als gebundener Kunde muss ich meinen Strom bei den EKZ kaufen. Ob dann die EKZ gebunden ist oder nicht, bindet mich als gebundenen Kunden jetzt weder mehr noch weniger. Dann war die Rede von einer Abschottungspolitik. Ich glaube, Sie verwechseln Realismus mit Abschottungspolitik. Es ist einfach eine realistische Energiepolitik, wenn man sicherstellen will, dass man doch über einen gewissen Zeitraum eine Eigenversorgung aufbaut. Das bedeutet natürlich nicht, dass die Portfolio-Optimierung abgeschafft würde. Es wäre ja absurd, wenn die Speicherkraftwerke am Mittag laufen müssten, wenn es günstigen Solarstrom gibt. Diesen Eigenhandel wird es auch weiterhin geben, auch mit unseren Vorstössen. Es wäre absurd, Speichersee-Inhalt zu vergeuden, wenn billiger Windstrom vorhanden ist. Das wird es auch weiterhin geben. Wer etwas anderes behauptet, hat keine Ahnung von Stromversorgung.

Es wurde aber auch behauptet, es hätte quasi keine Auswirkungen. Das ist falsch. Einerseits würde es dazu führen, dass die Preise stabiler sind. Das ist im Interesse der Wirtschaft, das ist im Interesse der Planbarkeit. Es würde aber auch dazu führen, dass langfristig das Investitionsklima ein ganz anderes ist. Man weiss, was

man zurückbekommt. Man weiss, dass die Investitionen getätigt werden können, man kann es refinanzieren. Und das führt zu einer höheren Versorgungssicherheit. Die jetzige Situation hat zu einem Klima geführt, in dem es eigentlich nicht tragbar war, in Wasserkraft zu investieren; das ist einfach absurd. Das kann einfach nicht sein und daher nützt es eben der Versorgungssicherheit. Wenn die AXPO das zu Gesteungskosten weiterverkaufen kann, dann ist es eben wichtig, dass wir einen politisch besetzten Verwaltungsrat haben. Denn dessen Aufgabe ist es eben, auch an die Versorgung zu denken, dass diese nicht teurer wird. Denn sonst könnte ja tatsächlich ein Unternehmen auf die Idee kommen, man möchte hier eine Gewinnmaximierung betreiben.

Die GLP hat behauptet, wir wollten zurück zum Telefon auf dem Flur. Ich glaube, die GLP hat sich technisch etwas vertan. Die Strommarktliberalisierung war nicht das Handy, die Strommarktliberalisierung war das Blei im Benzin, mit dem man das Knattern verhindern wollte. Die Strommarktliberalisierung war das FCKW (*Fluorchlorkohlenwasserstoff*), ein tolles Kühlmittel, das dummerweise das Ozon zerstört. Die Strommarktliberalisierung war DDT (*Dichlordiphenyltrichlorethan*), ein wunderschönes Herbizid, hat dann leider andere Schäden verursacht. Es gibt viele Fortschritte, viele Änderungen der Welt, von denen man am Schluss merkt: Sie waren nicht die schlauesten. Man muss das eingestehen, man muss es erkennen und dann ist es nicht falsch, wenn man einen Schritt zurück macht in die Vernunft, in die Zukunft einer guten Versorgung für unser Land. Herzlichen Dank.

Hans-Peter Amrein (parteilos, Küssnacht): Ich bin kein Energiespezialist, aber ich darf von mir sagen, dass ich diesen Handelsschlamassel habe kommen sehen in den Jahren 2014/2015, und ich denke, der nächste Schlamassel – Terminus Landmann – steht vor der Tür. Diese drei Postulate werden Sie heute überweisen und das ist auch richtig so. Dann gibt es Antworten der Regierung darauf, und die braucht es, bevor man endlich, endlich jetzt eine Auslegeordnung machen kann und muss, und die wird auch politisch sein.

Wir haben ja noch ein Geschäft (*Vorlage 5813*) zu dieser AXPO und das liegt in der KEVU (*Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt*). Der omnipräsente Präsident der KEVU, zurücktretender Kantonsrat Gantner (*Alex Gantner*) ist nicht ans Mikrofon getreten und hat gesagt: «Verdammt nochmal» – ich brauche jetzt auch ein Kraftwort, Frau Präsidentin – «verdammt noch mal, raufen wir uns doch endlich zusammen! Raufen wir uns doch endlich zusammen, damit wir diesen Schlamassel AXPO auseinanderdividieren, auf den Tisch legen und nachher politisch dazu eine Entscheidung fällen!» Jetzt kommt dann noch der Präsident der Grünen (*Thomas Forrer*), der auch noch was dazu sagen will. Nein, es braucht jetzt erst mal diese drei Postulate und dann braucht es eine Sonderkommission AXPO; eine Sonderkommission AXPO, wie wir eine Sonderkommission ZKB hatten, die jetzt die Probleme der AXPO – und die sind, wie es Herr Bischoff richtig gesagt hat, sicher auch in diesem Konstrukt, jetzt AXPO, vorher NOK, mit diesen vielen Kantonen zu finden. Dieser Laden ist nicht führbar, und da muss

man sich mal klar werden, wer sich da einbringen soll. Ich habe nichts gegen unsere lieben deutschen Gäste in diesem Land, die sich sehr vieles im Staate Schweiz unterdessen unter den Nagel gerissen haben. Und ich habe nichts gegen ausländische Experten. Aber vielleicht braucht es auch noch einen gewissen schweizerischen Touch und braucht es auch noch bei der AXPO ein paar ganz biedere Schweizerinnen und Schweizer, die da im Verwaltungsrat auch etwas sagen. Und ein Regierungsrat oder eine Regierungsrätin schadet da sicher nicht, liebe FDP, denn ihr habt bewiesen, was mit diesen Auslagerungen alles passiert ist im Staate Zürich und Schweiz. Es ist nicht besser gekommen als vorher, es ist wirklich nicht besser gekommen. Aber wir müssen den Schlamassel AXPO jetzt endlich einmal auseinanderdividieren, eine Auslegeordnung machen. Und wir müssen uns zusammenraufen, und zwar von AL bis SVP und von parteipolitisch stark bis zu parteilos. Wir müssen endlich schauen, dass der Staat – und das sind unsere Bürger und das sind unsere Wähler – nicht weiter zu Schaden kommt. Und so, wie ich das sehe – ich habe eine Sonderprüfung verlangt und zwar durch externe Experten und nicht irgendwelche Schweizerinnen und Schweizer, die wieder vorher schon irgendwie in die ganze Sache eingebunden waren, sondern durch externe Fachspezialisten. Das muss angeschaut werden, und ich bitte Sie jetzt: Lassen Sie diese drei dringlichen Postulate laufen und dann machen Sie vorwärts, Herr Gantner, machen Sie vorwärts, Präsident der KEVU und Mitglieder der KEVU und Mitglieder der AWU und Präsidium der AWU und gehen Sie zur Geschäftsleitung oder zu Ihren Fraktionschefs und nehmen Sie die mal zusammen, Frau Präsidentin, wie Sie sie vorher zusammengenommen haben wegen einer einfachen Änderung der Traktandenliste, und sagen Sie «wir müssen handeln». Wir müssen handeln und wir müssen jetzt diese AXPO auf einen gesunden Nenner bringen. Um das geht es.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Besten Dank, Herr Amrein, ich teile Ihre Meinung, ich muss da gar nicht nachfragen.

Valentin Landmann (SVP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Die Linke und auch die AL und verschiedene andere haben durchaus recht. Ich konnte selten hier ein Votum von Tobias Langenegger so total unterstützen wie zu diesem Traktandum. Und auch Markus Bischoff hat in einem recht, er denkt zukunftsicher: Der Dreck ist da, der Dreck ist angerichtet – Verzeihung –, das Unerfreuliche ist angerichtet. Und jetzt kann man sich sicher anfangen zu fragen: Wer war es? Das ist aber im Moment nicht das Wichtigste. Wichtig ist, dass wir stoppen und eingreifen. Es wurde auch schon in Aussicht gestellt, man könnte eine externe Überprüfung machen. Aber dann haben wir die Prüfungsergebnisse in fünf Jahren und das genügt nicht. Ich bin nach wie vor der Meinung, dass die Regierungsräte, Herr Neukom und Herr Stocker, in diesen Verwaltungsrat hineingehören und das dann entsprechend mit der Bremse und allem gearbeitet werden soll, um das Schiff wieder auf Kurs zu bringen. Und es ist auch richtig, was Markus Bischoff sagte: Das Ganze ist politisch angerichtet worden. Ich bin nicht der Meinung, dass das Anrichten von rechts geschah. Von rechts wurde ja immer schon gebremst bei der verfehlten

Energiestrategie. Aber es ist im Moment egal, wer es angerichtet hat, ausser für die strafrechtliche Aufarbeitung, die vielleicht in späterer Zeit noch kommen wird. Wie gesagt, unsere Regierungsräte können sich schützen, indem sie genau festhalten, was nicht unter ihnen, sondern vorher gelaufen ist. Wenn man unsere Regierungsräte dann trotzdem angreift, dann kann unter Umständen auch ich einen von ihnen verteidigen; beide geht wohl nicht wegen potenzieller Kollusion, Danke.

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach): Es bedarf vielleicht noch einer Klärung, weshalb die Grünen der Re-Politisierung des AXPO-Verwaltungsrates nicht zustimmen: Vielleicht haben wir jetzt auch in dieser unheiligen Allianz hier im Kantonsrat zwischen SP und SVP doch zwei sehr unterschiedliche Motive, dieser Politisierung zuzustimmen. Das eine Motiv ist bestimmt, dass man sagt und davon ausgeht, dass der Staat bei der Governance der staatsnahen Betriebe – und man darf die AXPO durchaus als einen solchen bezeichnen –, dass man da mehr Vertrauen in den Staat hat. Das ist die Haltung, wenn ich sie richtig gehört habe, der Sozialdemokraten. Bei der Haltung der SVP spielt, glaube ich, noch anderes mit. Wenn wir daran denken, wie wichtig die Atompolitik und wie zähflüssig der Ausstieg aus der Atomenergie und wie wenig gefüllt die Rückbau- und Entsorgungsfonds sind, wenn ich daran denke, wie wenig da bis 2016 passiert ist, dann hat das bestimmt eben auch damit zu tun, dass dieser Verwaltungsrat politisch war. Was wir jetzt erlebt haben in den letzten sechs Jahren ist ein Verwaltungsrat, ist ein CEO, die klare Signale von sich geben, dass die Atomenergie nicht mehr das ist, was dieser Grosskonzern verfolgen will. Das hat bestimmt auch damit zu tun, dass dieser Verwaltungsrat nicht politisch besetzt ist und eben nicht ideologisch besetzt ist, sondern das, worin man investiert, eben auch wirtschaftlich beurteilt. Und offenbar ist eben die Atomenergie heutzutage nicht wirtschaftlich und es ist auch kein Modell, auf das man setzen kann. Ich denke, ein ideologisch besetzter Verwaltungsrat wird genau probieren, diese Kurve wieder zu nehmen. Und ich höre schon die SVP-ler im Verwaltungsrat, die dann wieder sagen: Ja klar, Atomenergie, vierte, fünfte oder und weiss nicht welche Generation, das hat Zukunft und darauf müssen wir setzen, unabhängig von einer wirtschaftlichen Überprüfung. Dieser Verwaltungsrat – und namentlich der CEO der AXPO – hat gegenüber den Medien auch gesagt, dass der Ausbau der inländischen Erneuerbaren jetzt erfolgen muss. Das sind Zeichen, die wir vom politisch besetzten Verwaltungsrat damals nie bekommen haben, obwohl wir Grünen die ganze Zeit gesagt haben, dass das längst fällig wäre. Und jetzt rufen alle danach, zum Glück auch die Bürgerlichen, dass man eben die inländischen Erneuerbaren endlich, endlich ausbaut und hierzulande Versorgungssicherheit im Energiebereich feststellt. Einfach damit es gesagt ist: Das sind die Gründe, weshalb die Grünen nicht davon überzeugt sind, dass der Verwaltungsrat wieder politisch besetzt wird. Das heisst nicht, dass wir mit der Geschäftsführung und den Problemen, die momentan vorhanden sind, dass wir damit irgendwie in einer Form einverstanden wären, sondern wir möchten, dass untersucht wird, wir möchten, dass genau hingeschaut wird. Wir möchten auch, dass hingeschaut wird, welche Rolle die AXPO Trading, also heute

AXPO Solutions, spielt, wie da die Gelder verteilt werden und warum es überhaupt und aus welchem Bereich heraus es nötig war, dass ein Rettungsschirm beantragt werden musste, auch wenn, so wie man munkeln hört, inzwischen immer noch kein Franken aus diesem Rettungsschirm an die AXPO geflossen ist. Ich danke Ihnen.

Hans-Peter Amrein (parteilos, Küsnacht) spricht zum zweiten Mal: Frau Ratspräsidentin, darf ich sagen «Sie schmöcket de Töff nöd» oder ist das auch nicht Deutsch oder nicht in Ordnung? Ja, ich frage Sie, ob ich das sagen darf, nachdem der Kamerad Landmann vorher zensiert wurde oder fast zensiert wurde. Sonst unterstelle ich es ihm, dem Präsidenten der Grünen; er weiss schon, was ich sagen werde. Nein, lieber Thomas Forrer, «du schmöcksch de Töff nöd». Entschuldigung, es geht jetzt doch nicht darum, dass wir hier eine Debatte machen über die vierte Generation AKW und dass wir eine Debatte machen über alles, was kaputtgemacht wurde in der Vergangenheit. Es geht darum, dass wir einen massiven Schlamassel auf dem Tisch haben, dass wir grösste Probleme haben bei der AXPO, dass wir einen CEO haben, den Sie jetzt vorher gerade gelobt haben. Ja, das ist ein politischer Appointee, diese Aussage mache ich. Er kommt irgendwo aus der Kommunikationsindustrie, versteht nix von Energie oder sehr wenig, vielleicht etwas mehr als ich, und das ist nicht viel. Es geht doch nicht um das. Es geht jetzt darum, dass man eine Auslegeordnung macht und dass man schaut, dass der Schlamassel nicht schlimmer wird. Und wir haben ein Problem. Wir haben ein Problem mit diesem Aktionärsbindungsvertrag. Wir haben ein Problem, dass diese AXPO riesige, riesige Volumen von Derivaten vor sich hinschiebt und dass sie meint, sie müsse riesige Geschäfte absichern an der Börse in Leipzig. Um das geht es. Und es geht doch jetzt nicht darum, dass man sich wieder gegenseitig Mist – hat jemand vorher gesagt – oder Dreck zuschiebt. Nein, es geht darum, dass jetzt ein paar von diesen Granden, die hier in unseren Fraktionen sitzen – und die haben wir –, zusammensitzen. Und das müssen Leute sein wie ein Herr Bischoff und das müssen Leute sein wie zum Beispiel ein Herr Brunner (*Hans-Peter Brunner*), leider tritt er zurück. Die müssen zusammensitzen und es geht darum, dass man jetzt schaut, wie man möglichst schnell die AXPO dorthin bringt, wo man sie haben will, nämlich ein Schweizer Versorger, der sich um die Versorgungssicherheit unseres Landes und auch unseres Kantons kümmert. Der Kanton Zürich hat 36 Prozent an dieser AXPO, EKZ und Kanton zusammen, und ist der gewichtigste Aktionär. Und da können wir uns doch nicht in diesem Rat den ganzen Morgen wieder gegenseitig irgendetwas zuschieben. Schaut endlich mal voraus – dann könnt ihr noch genügend Wahlkampf machen – und nicht zurück auf das, was versaubert wurde.

Regierungsrat Martin Neukom: Ja, es ist so, Strom ist eines der zentralsten Güter für unsere Gesellschaft. Ohne Strom funktioniert nichts und deshalb ist die Versorgungssicherheit mit Strom selbstverständlich etwas sehr Zentrales. Trotzdem hat die AXPO aktuell keinen direkten Versorgungsauftrag der Eignerkantone, das ist bundesrechtlich so geregelt. Obwohl die AXPO keinen Versorgungsauftrag der

Eigenerkantone hat, trägt sie aber ganz wesentlich zur Versorgungssicherheit der Schweiz bei, denn die AXPO produziert jährlich rund 25 Terawattstunden Energie. Und diese wird in die Schweiz geliefert und trägt somit zur Versorgungssicherheit in der Schweiz bei. Wichtig dabei ist mir zu betonen, dass die Versorgungssicherheit eine Verbundaufgabe ist. Es ist nicht eine einzelne Firma, welche die Versorgungssicherheit sicherstellen kann, sondern es sind verschiedene Firmen und verschiedene, auch staatliche Akteure, die gemeinsam die Versorgungssicherheit sicherstellen müssen, es ist eine Verbundaufgabe.

Wichtig scheint mir zu unterscheiden zwischen zwei Rollen, die wir haben: Es ist die Rolle als Regulator und die Rolle als Eigentümer. Und wenn wir hier über die AXPO sprechen, dann ist der Regulator der Bund. Der Bundesgesetzgeber stellt die entsprechenden Spielregeln auf. Wir sind nur Eigentümer eines Marktteilnehmers und spielen entsprechend nach den Regeln, die das Bundesgesetz uns vorgibt. Leider war es in Vergangenheit so, dass diese Regeln so waren, dass es nicht sonderlich attraktiv war, in neue erneuerbare Stromerzeugungsarten zu investieren, und das ist aus meiner Sicht ein Teil des Problems, welches wir hier haben. Nun, Sie fordern mehr politische Kontrolle über die AXPO. Ich kann das grundsätzlich nachvollziehen. Allerdings habe ich bis jetzt wenig gehört, was dann mit dieser Kontrolle genau gemacht werden soll. Denn ich vermute einfach, dass sich dann schlussendlich der Kantonsrat auch nicht ganz einig ist, wie sich die AXPO entwickeln soll. Was wollen Sie ganz genau? Was wollen Sie präzise, wenn Sie sich einigen? Wenn ich die politischen Haltungen anschau, die hier im Rat existieren, dann gehe ich davon aus, dass man sich nicht einig sein wird, wie die Stromversorgung der Zukunft aussieht, so wie man sich in ganz vielen anderen politischen Geschäften auch nicht einig ist. Ich denke, da ist noch einiges an Diskussion nötig.

Wie ich bereits letzte Woche ausgeführt habe, sehe ich den Regierungsrat im Verwaltungsrat als nicht zielführend an, um die bestehenden Probleme zu lösen. Ich bin aber bereit, das Postulat entgegenzunehmen, respektive die Regierung ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen; dies im Sinne einer Prüfung, wie wir das eigene Controlling verbessern können. Ich muss Sie da aber nochmals daran erinnern, dass wir nicht über 36 Prozent der Aktien sprechen, sondern wir sprechen über 18 Prozent der Aktien. Die anderen 18 Prozent gehören den EKZ. Und über die EKZ hat die Regierung keine Kontrolle, nur um das hier nochmals klarzustellen, sondern die EKZ werden vom Zürcher Kantonsrat kontrolliert.

Zur zweiten Forderung, der Forderung nach der Versorgung der Eigenerkantone: Das soll stärker gewichtet werden. Die AXPO soll den Strom direkt an die EKZ verkaufen. Das ist aus meiner Sicht ein sinnvoller Ansatz. Es ist mir aber wichtig, dass wir hier noch ein Missverständnis klären, wir haben nämlich zwei Ebenen. Wir haben die eine Ebene, das ist die Physik, und die andere Ebene, das sind die Geldflüsse. Und beim Strom ist das grundsätzlich getrennt. Das heisst, beim Geld ist die Frage: Wer zahlt wem für wie viel Strom und wie viel wird dafür bezahlt? Das ist das, was das Postulat fordert. Wenn es aber um Versorgungssicherheit geht, dann spielt es direkt keine Rolle, wo das Geld hinfließt, sondern dann geht es um die Physik. Dann geht es darum, dass so viel Strom produziert wird, wie

konsumiert wird. Das ist die Frage der Versorgungssicherheit. Wenn jetzt also die AXPO den Strom direkt an die EKZ liefert, dann mag das zu stabileren Preisen beitragen. Es ist aber keine Erhöhung der Versorgungssicherheit. Denn um die Versorgungssicherheit zu verbessern, müssen wir mehr Strom produzieren. Und wenn der Strom anders verkauft wird, wird deswegen noch nicht mehr Strom produziert. Aber natürlich, stabilere Preise, das ist etwas, worüber man gerne diskutieren kann. Deshalb werden wir hier auch prüfen, was wir in diesem Bereich machen können. Es ist heute schon so, dass Strom von der AXPO an die EKZ verkauft wird, aber nur ein entsprechender Anteil und nicht das, was grundsätzlich möglich wäre. Wichtig ist mir dabei einfach noch zu betonen: Es bestehen rechtliche Grundlagen. Das heisst, sowohl die AXPO als auch die EKZ sind nicht frei, den Strom einfach beliebig zu kaufen und zu verkaufen. Beispielsweise sind die EKZ an das Vergaberecht, das Submissionsrecht gebunden. Sie dürfen den Strom nicht dort kaufen, wo sie wollen, sondern dort, wo er am günstigsten angeboten wird. Weiter machen auch das Kartellrecht sowie das Obligationenrecht und das Stromversorgungsrecht des Bundes entsprechende Vorgaben, sodass die beiden nicht beliebig handeln können. Wir machen aber sehr gerne diesbezüglich eine Auslegeordnung, was unter den aktuellen rechtlichen Grundlagen, Bedingungen möglich ist. Deshalb ist der Regierungsrat auch hier bereit, das Anliegen zu prüfen, und nimmt auch dieses Postulat gerne entgegen. Besten Dank.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Dann kommen wir jetzt zu den Abstimmungen, wir stimmen separat ab.

Abstimmung über KR-Nr. 330/2022

Der Kantonsrat beschliesst mit 99 : 70 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), das dringliche Postulat KR-Nr. 330/2022 zu überweisen. Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung eines Berichts innert einem Jahr.

Abstimmung über KR-Nr. 331/2022

Der Kantonsrat beschliesst mit 120 : 47 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), das dringliche Postulat KR-Nr. 331/2022 zu überweisen. Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung eines Berichts innert einem Jahr.

Abstimmung über KR-Nr. 332/2022

Der Kantonsrat beschliesst mit 98 : 70 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), das dringliche Postulat KR-Nr. 332/2022 zu überweisen. Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung eines Berichts innert einem Jahr.

Die Geschäfte 6, 7 und 8 sind erledigt.